

WIENER KATHAUSFÖHRRESPONDENZ.

Herausgeber Franz Michen.
26. Jahrgang, Wien, Montag, den 12. Juli 1920, Nr. 228.

Das Wiener Notgeld bis 31. Dezember gültig. Es wird hiedurch neuerlich auf
merksam gemacht, daß das am 30. Juni abgelaufene Wiener Notgeld zu 10, 20
und 50 Heller laut seinerzeitigen Beschlusses des Gemeinderates bis 31.
Dezember ds.J. volle Geltung hat.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag werden im 1. Bezirke ausländische
Kartoffeln zum Preise von K 11.10 per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen
Abtrennung des Abschnittes „D“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Kinder aus der Schweiz. Donnerstag, um 2 Uhr nachmittags kommen am Westbahn-
hofe jene Kinder an, welche am 19. Mai 1920 vom städtischen Jugendamte in
die Schweiz (Kanton Zürich) entsendet wurden. Die Eltern werden gebeten die
Kinder abzuholen.

Pensionen für Gemeindefunktionäre. Der Gemeinderat hat in seiner vertrauli-
chen Sitzung beschlossen, dem VB. Franz Hoss ein Ruhegehalt von 16.200 K
jährlich zuzuerkennen, der fällig wird, sobald er aus dem Stadtsenat aus-
scheidet. Der Ruhegehalt des mit Ende Mai aus dem Stadtrate geschiedenen
GR. Heinrich Schmid wird unter Zugrundelegung einer anrechenbaren Dienst-
zeit von 10 Jahren ab 1. Juni ds.J. mit 4.500 K bemessen. Dem ehemaligen
StR. Felix Kraba wird aus Billigkeitsgründen ab 1. Juli eine außerordent-
liche Zuwendung von jährlich 3000 K auf die Dauer von drei Jahren bewilligt.

Das Bürgerrecht der Stadt Wien für C.M. Zierer. Der Gemeinderat hat dem
Kapellmeister C.M. Zierer anlässlich seines 77. Geburtstages in neuerlicher
Würdigung seiner Verdienste um die Wiener Musik das Bürgerrecht der Stadt
Wien mit Rücksicht der Taxen verliehen.

Pferdefleischkonserven für Mindestbemittelte. In der 144. Aktionswoche er-
halten die Besitzer der rosafarbigen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch
pro Person 1 Dose Pferdefleischkonserven zum Preise von K 12.- gegen Ab-
trennung des Abschnittes „C“ in den Geschäften der Großschlächtereien an fol-
genden Tagen: Donnerstag, den 15. Juli für A - F, Samstag, den 17. für G - K,
Montag, den 19. für L - R und Mittwoch, den 21. für S - Z. An die Wohlfahrts-
institute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1 Dose Pfer-
defleischkonserven und zwar an die ersteren zum Preise von K 12. per Dose,
an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Georg und Anna Fillgrader Stiftung. Am 1. August gelangen die Zinsen dieser
Stiftung zur Verteilung. Anspruch haben Bürger von Wien, die infolge von
Unglücksfällen in augenblickliche Notlage gekommen sind. Bürger der ehe-
maligen Vorstadt Laingrube genießen den Vorzug. Gesuche sind bis längstens
15. Juli in der Kanzlei der Bezirksvertretung Mariahilf Amerlingstraße 6
einzubringen.

Der angeblich bevorstehende Streik der Beamtenschaft der städtischen Unternehmungen. In den heutigen Blättern ist die Nachricht enthalten, dass die Beamtenschaft der städtischen Unternehmungen den Streik erklären will. Die Beamten der Unternehmungen haben vor einigen Wochen Forderungen gestellt und haben sich gleichzeitig bereit erklärt, andere Arbeitsbedingungen als die bisherigen, die zu einer stärkeren Ausnützung des Personals führen sollten, anzunehmen. Daraufhin ist die Gemeindeverwaltung mit ihnen in Verhandlungen eingetreten, in denen sie aber keineswegs ein Hehl daraus gemacht hat, dass es zu einem Eingehen auf die Forderungen nur dann kommen könne, wenn zugleich Reorganisationsmassnahmen getroffen würden, durch die ~~minx~~ starke Ersparungen in den Betrieben erzielt würden. Auf eine Beeverschussung des Arbeitswillens der Angestellten der städtischen Unternehmungen konnte aber ebensowenig eingegangen werden, wie auf eine Zuwendung unter dem Titel der Net, die ja auf alle städtischen Angestellten und auf die gesamte Bevölkerung gleichermaßen drückt. Die Forderungen der Angestellten der städtischen Unternehmungen fallen alle in den Kreis jener Gesamtforderungen von 700 Millionen Kronen, die jetzt zu bewilligen der Gemeinde infolge ihrer finanziellen Lage unmöglich ist. Man nimmt an, dass die Nachrichten über den bevorstehenden Streik nicht zutreffen, sondern dass die Beamtenschaft der städtischen Unternehmungen bereit sein wird, auf dem Wege der eingeleiteten und durchaus nicht abgebrochenen Verhandlungen weiter zu schreiten.